

500907-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Softwarepaket und Informationssysteme – Virtual Court

OJ S 137/2026 20/07/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Lieferleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Land Baden-Württemberg vertreten durch das Ministerium der Justiz und für Migration

E-Mail: poststelle@jum.bwl.de

Rechtsform des Erwerbers: Regionale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Öffentliche Ordnung und Sicherheit

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Virtual Court

Beschreibung: Das Ministerium der Justiz und für Migration Baden-Württemberg ("Auftraggeber") beabsichtigt die Beschaffung eines "Virtual Court - Gerichtssaal der Zukunft" gemäß Nummer 1.1 des EVB-IT Systemvertrags. Der Auftraggeber verwendet für die Beauftragung Mittel der Digitalisierungsinitiative für die Justiz. Diesbezüglich wird auf Nummer 18.14 des EVB-IT Systemvertrags (Digitalisierungsinitiative für die Justiz) verwiesen.

Kennung des Verfahrens: 8d661804-d5de-4e16-9f83-32ae173db617

Interne Kennung: BW_0001

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

Zentrale Elemente des Verfahrens: Das Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb vollzieht sich - mit dem Teilnahmewettbewerb und der Verhandlungsphase - in zwei Verfahrensabschnitten. Im ersten Verfahrensabschnitt fordert der Auftraggeber eine unbeschränkte Anzahl von Unternehmen ("Bewerber"), im Rahmen eines Teilnahmewettbewerbs öffentlich zur Abgabe der Teilnahmeanträge auf. Jeder interessierte Bewerber kann einen Teilnahmeantrag für die Prüfung seiner Eignung abgeben. Im zweiten Verfahrensabschnitt fordert der Auftraggeber drei (3) geeignete Unternehmen ("Bieter") auf, ein unverbindliches Erstangebot einzureichen. Für die Einzelheiten wird auf Ziffer 6 der Bewerbungsbedingungen verwiesen.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Haupteinstufung (cpv): 48000000 Softwarepaket und Informationssysteme

Zusätzliche Einstufung (cpv): 32322000 Multimediaausrüstung, 30200000 Computeranlagen und Zubehör, 51610000 Installation von Computern und Datenverarbeitungsanlagen, 48520000 Multimediasoftwarepaket, 48328000 Bildverarbeitungssoftwarepaket, 32420000 Netzausrüstung, 80533100 Ausbildung im Umgang mit Computern, 30237200 Computerzubehör

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Siehe Nummer 9 des EVB-IT Systemvertrags

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXP4DE2MUN8#

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Auftragsunterlagen

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Virtual Court

Beschreibung: Das Ministerium der Justiz und für Migration Baden-Württemberg ("Auftraggeber") beabsichtigt die Beschaffung eines "Virtual Court - Gerichtssaal der Zukunft" gemäß Nummer 1.1 des EVB-IT Systemvertrags. Das Gesamtsystem soll in der Justiz zur Verfahrensvorbereitung und zur Präsentation bei Gericht genutzt werden. Das Gesamtsystem besteht aus dem, -CAVE-System (insbesondere bestehend aus einer LED-basierten Visualisierung, Tracking, 3D-Brillen, Energiemanagement und Netzwerkkomponenten, Steuerungs- und Visualisierungssoftware von 3D-Daten) und aller weiteren für die Herbeiführung der Betriebsbereitschaft* des CAVE-Systems erforderlichen Leistungen sowie aller für die Herbeiführung der Betriebsbereitschaft* erforderlichen Abstimmungen mit dem Auftraggeber und/oder anderen relevanten Stakeholdern (hier insbesondere mit dem örtlich zuständigen Landesbetrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg (im Folgenden "Vermögen und Bau") sowie der IT Baden-Württemberg (nachfolgend "BITBW")). -VR-Brillen inkl. Zubehör (bspw. Controller, Ladekabel, Verbindungskabel für Brille und Rechner) und Installations- und Betriebssoftware zur Herbeiführung der Betriebsbereitschaft* (bspw. Steuerungs- und Visualisierungssoftware von 3D-Daten). Das CAVE-System ist als stationäre Lösung für Justizgebäude zu konzipieren und soll Gerichtsverhandlungen nachhaltig verbessern. Es dient vorrangig der Präsentation bei Gerichtsverhandlungen. Die VR-Brillen sollen als mobile Lösung für die Verfahrensvorbereitung (Vorbereitung der Präsentation bei Gerichtsverhandlungen via CAVE-System) genutzt werden. Unabhängig von ihrem jeweiligen Nutzungs- und Einsatzschwerpunkt sollen sowohl das CAVE-System als auch die VR-Brillen grundsätzlich für die Präsentation bei Gerichtsverhandlungen wie auch für die Verfahrensvorbereitung eingesetzt werden können. Das Gesamtsystem ist zwingend mit dem kostenlosen, quelloffenen und modular aufgebauten Visualisierungssystem COVISE (Collaborative Visualization and Simulation Environment) zu erstellen, zu betreiben und fortlaufend zu pflegen. COVISE umfasst neben der eigentlichen Softwareumgebung auch die für den Betrieb erforderlichen Komponenten und Subsysteme, insbesondere OpenCOVER als Visualisierungs- und Rendering-Komponente. Der Auftragnehmer ist daher verpflichtet, sich die zur Nutzung von COVISE erforderlichen Kenntnisse anzueignen und COVISE entsprechend den Vorgaben dieses Vertrags sowie der Leistungsbeschreibung auf den erforderlichen Workstations zu installieren, zu konfigurieren und gemäß Nummer 5 fortlaufend zu pflegen und zu dokumentieren.

Interne Kennung: BW_0001

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Haupteinstufung (cpv): 48000000 Softwarepaket und Informationssysteme

Zusätzliche Einstufung (cpv): 32322000 Multimediaausrüstung, 30200000 Computeranlagen und Zubehör, 51610000 Installation von Computern und Datenverarbeitungsanlagen, 48520000 Multimediasoftwarepaket, 48328000 Bildverarbeitungssoftwarepaket, 32420000 Netzausrüstung, 80533100 Ausbildung im Umgang mit Computern, 30237200 Computerzubehör

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Siehe Nummer 9 des EVB-IT Systemvertrags

5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbegrenzt

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die Befähigung zur Berufsausübung setzt - sofern es sich um einen eintragungspflichtigen Wirtschaftsteilnehmer handelt - eine Eintragung des Bewerbers im Handelsregister voraus. Im Falle einer Teilnahme an dem Vergabeverfahren als Bewerber- und Bietergemeinschaft gilt dies für alle Mitglieder der Bewerber- und Bietergemeinschaft und im Falle einer Eignungsleihe zugleich für den/die Eignungsverleiher. Mögliche Nachweisforderung: Kopie eines aktuellen Handelsregistrauszugs (nicht älter als drei Monate)

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber oder die Bewerber- und Bietergemeinschaft verfügt über eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Mindestversicherungssumme für Personenschäden in Höhe von mindestens EUR 5.000.000 pro Schadensfall und Person sowie für alle sonstigen Schäden in Höhe von EUR 5.000.000 pro Schadensfall und Person. Alternativ kann der Bieter - und im Falle einer Teilnahme an dem Vergabeverfahren als Bietergemeinschaft das vertretungsberechtigte Mitglied der Bietergemeinschaft - rechtsverbindlich zusichern, dass eine solche Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung im Zuschlagsfalle in entsprechender Höhe und vor Beginn der Leistungserbringung abgeschlossen und für den Zeitraum der Leistungserbringung aufrechterhalten wird. Im Falle einer Teilnahme an dem Vergabeverfahren als Bewerber- und Bietergemeinschaft ist die Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung entweder - für die gesamte Bewerber- und Bietergemeinschaft (was allerdings voraussetzt, dass die betreffende Versicherungspolice Schäden durch jedes einzelne Mitglied der Bietergemeinschaft umfasst), oder - für jedes einzelne Mitglied der Bewerber- und Bietergemeinschaft, oder - für ein

einzelnes Mitglied der Bewerber- und Bietergemeinschaft (was allerdings voraussetzt, dass die betreffende Versicherungs-police Schäden durch alle anderen Mitglieder der Bietergemeinschaft umfasst) abzuschließen. Entsprechendes gilt, sofern sich die Eignungsleihe auf das Bestehen einer Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung bezieht. Mögliche Nachweisforderung: Kopien der Versicherungspolice oder Bestätigung des Versicherers über Versicherung und Schadenssummen

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Mittelwert des jährlichen Gesamtumsatzes (netto) der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre beträgt mindestens EUR 500.000. Im Falle einer Teilnahme an dem Vergabeverfahren als Bewerber- und Bietergemeinschaft ist es ausreichend, wenn der Mindestjahresumsatz bei kumulierter Betrachtung der Kennzahlen aller Mitglieder erfüllt wird. Im Falle einer Eignungsleihe ist es ausreichend, wenn der Mindestjahresumsatz bei kumulierter Betrachtung der Kennzahlen des Eignungsleihers und des Eignungsverleihers erfüllt wird. Mögliche Nachweisforderung: Kopie der Jahresabschlüsse der letzten drei Geschäftsjahre

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Mittelwert der durchschnittlichen jährlichen Beschäftigtenzahl der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre beträgt mindestens 5 Beschäftigte. Im Falle einer Teilnahme an dem Vergabeverfahren als Bewerber- und Bietergemeinschaft ist es ausreichend, wenn der jeweilige Mittelwert der jährlichen Beschäftigtenanzahl bei kumulierter Betrachtung der Mitarbeiterzahlen aller Mitglieder erfüllt wird. Im Falle einer Eignungsleihe ist es ausreichend, wenn der jeweilige Mittelwert der jährlichen Beschäftigtenanzahl bei kumulierter Betrachtung der Mitarbeiterzahlen des Eignungsleihers und des Eignungsverleihers erfüllt wird. Mögliche Nachweisforderung: Arbeitsbescheinigungen der Beschäftigten (die Bewerber sind insoweit da-für verantwortlich, dass die Bereitstellung der personenbezogenen Daten datenschutzrechtskonform erfolgt)

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Arbeiten

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Es müssen zwei (2) vergleichbare Referenzprojekte über früher ausgeführte Aufträge innerhalb der letzten drei Jahre, rückgerechnet ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung der Bekanntmachung, erbracht worden sein. Eine Abnahme im rechtlichen Sinne ist nicht erforderlich, es muss jedoch eine erfolgreiche Funktionsprüfung des Gesamtsystems durchgeführt worden sein. Ausstehende aber für den Leistungserfolg unerhebliche Restleistungen sind dabei unschädlich. Die von den Referenzprojekten umfassten Leistungen müssen weit überwiegend eigenständig erbracht worden sein. Sofern die Referenzprojekte unter Einsatz von Unterauftragnehmern erbracht wurden, gelten die Referenzen als solche des Unterauftragnehmers. Die betreffenden Unterauftragnehmer müssten in diesem Fall im Wege der Eignungsleihe eingebunden werden. Die Referenzen müssen mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sein. Die Referenzprojekte sind mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar, wenn sie dieser so weit ähneln, dass sie einen tragfähigen Rückschluss auf die Leistungsfähigkeit des Bewerbers für die ausgeschriebene Leistung eröffnen. Ein Referenzprojekt ist insbesondere vergleichbar, wenn es die ganzheitliche Umsetzung, d.h. von der Planung (insb. technische Konzeption, bauliche Abstimmungen etc.) über den technischen Aufbau bis zur Herbeiführung der Betriebsbereitschaft des Gesamtsystems (d.h. Hard- und Software) sowie Durchführung entsprechender Schulungen eines CAVE-Systems oder vergleichbaren Systems (d.h. insbesondere 3D Visualisierung (bspw. LED oder Projektoren), Tracking etc.) umfasst. Der Auftraggeber behält sich unter Wahrung der allgemeinen Vergabegrundsätze vor, zu prüfen,

ob die von der jeweiligen Referenz umfassten Leistungen unter Einhaltung aller gesetzlichen und vertraglichen Anforderungen sowie zur überwiegenden Zufriedenheit des Referenzgebers erbracht wurden. Diese Anforderung gilt dann als nicht erfüllt, wenn der Referenzgeber eine erheblich oder fortdauernd mangelhafte Erfüllung beanstandet und dies zu der Erklärung einer vorzeitigen Beendigung des öffentlichen Auftrags, der Forderung nach Schadensersatz und /oder der Herbeiführung vergleichbarer Rechtsfolgen geführt hat. In diesem Fall behält sich der Auftraggeber vor, einzelne Referenzen unter Betätigung des ihm zufallenden Ermessens als unzureichend zu betrachten. Mögliche Nachweisforderung: Der Auftraggeber behält sich vor, die Referenzen beim jeweiligen Referenzauftraggeber durch schriftliche und/oder fernmündliche Rückfragen zu dem betreffenden Referenzprojekt zu überprüfen. Hierfür sind im Formblatt Teilnahmeantrag Name und Kontaktdaten (E-Mail & Telefonnummer) eines Ansprechpartners bei dem Referenzauftraggeber anzugeben. Die Bewerber sind insoweit dafür verantwortlich, dass die Bereitstellung der personenbezogenen Daten datenschutzrechtskonform erfolgt. Der Auftraggeber behält sich insoweit vor, den Bewerber auch dann vom Vergabeverfahren auszuschließen, wenn der im Formblatt Teilnahmeantrag je Referenz ausgewiesene Ansprechpartner über einen Zeitraum von fünf Werktagen trotz mindestens drei schriftlicher Kontaktaufnahmeversuche mit schriftlich formulierten Rückfragen und/oder zwecks Vereinbarung eines Termins für ein Telefoninterview nicht erwidert. Die weiteren Einzelheiten ergeben sich aus Ziffer 6.2.6 der Bewerbungsbedingungen. Sofern mehr als drei Bewerber sämtliche Eignungskriterien und die von ihnen einge-reichten Teilnahmeanträge sämtliche Formalvoraussetzungen erfüllen, wählt der Auf-traggeber die drei Bewerber mit der höchsten Gesamtpunktzahl aus. Die Bewerber können in qualitativer Hinsicht Punkte für eine über das unter den Eig-nungskriterien definierte Mindestmaß hinausgehende Vergleichbarkeit der zwei einge-reichten Referenzprojekte für die nachfolgend definierten Eigenschaften erhalten: - Das Gesamtsystem ist Open-Source basiert, d.h. es ist die Einbindung und In-stallation von Open-Source-Software erfolgt (ein Punkt je Referenzprojekt). - Das Gesamtsystem wurde mit Multiuser-Nutzung erstellt, d.h. mindestens zwei Personen haben mit sog. Masterbrillen, die für sie jeweils erforderliche Perspektive erhalten (ein Punkt je Referenzprojekt). - Das Gesamtsystem umfasst eine einheitliche und übergreifende Nutzung eines CAVE-Systems und von VR-Brillen, d.h. CAVE-System und VR-Brillen haben dieselben Inhalte dargestellt und konnten daher alternativ genutzt wer-den (ein Punkt je Referenzprojekt). - Das Gesamtsystem wurde für die Justiz (z.B. Gerichte, Staatsanwaltschaften, Justizbehörden) oder die Polizei erstellt (ein Punkt je Referenzprojekt). Es können somit maximal acht Punkte (vier Punkte je Referenzprojekt) erreicht werden ("Gesamtpunktzahl"). Bei einem Gesamtpunktgleichstand wird der Bewerber resp. dessen Referenzprojekt vorgezogen, im Rahmen dessen das Gesamtsystem für die Justiz (z.B. Gerichte, Staatsanwaltschaften, Justizbehörden) oder die Polizei erstellt wurde Die weiteren Einzelheiten ergeben sich aus Ziffer 6.2.7 der Bewerbungsbedingungen. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 100,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Wertungspreis

Beschreibung: Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots erfolgt auf der Grundlage des besten Preis-Leistungsverhältnisses. Die Zuschlagskriterien setzen sich zu 65 % aus dem Preis und zu 35 % aus den erzielten Leistungspunkten zusammen. Das wirtschaftlichste Angebot ist das Angebot, das die höchste Gesamtpunktzahl ("Z") erzielt. Die Gesamtpunktzahl ergibt sich durch Addition der gewichteten Leistungspunktzahl und der gewichteten Preispunktzahl. Die Preispunktzahl wird durch lineare Interpolation zwischen dem fiktiven höchsten Preisangebot (in Höhe des doppelten Preises des niedrigsten Preisangebots) berechnet und mit der maximal möglichen Leistungspunktzahl skaliert: $Z = WL \times L + WP \times ((2 \times P_{\min} - P) / P_{\min} \times L_{\max})$
Z = Gesamtpunktzahl des Bieters L = Leistungspunktzahl des Bieters L_{Max} = maximal mögliche Leistungspunktzahl P = Gesamtwertungspreis (brutto) des Bieters in EUR gemäß Preisposition 8 im Formblatt Angebotsschreiben endgültiges Angebot P_{Min} = Günstigster Gesamtpreis aller wertbaren Angebote in EUR WL = Gewichtungsfaktor der Leistungspunkte WP = Gewichtungsfaktor für Preis Die Gesamtpunktzahl Z wird auf zwei Nachkommastellen nach der kaufmännischen Rundungsregel gerundet. Der Wertungspreis entspricht dem Gesamtwertungspreis (brutto) gemäß Ziffer 2 Preisposition Nr. 8 in dem Formblatt Angebotsschreiben Endgültiges Angebot. Dieser wird mit insgesamt 65 % gewichtet. Die Wertung und Gewichtung der Wertungspreise erfolgt über eine lineare Interpolation und ist bereits in der oben dargestellten Wertungsformel integriert. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Angebote, deren Wertungspreise mindestens doppelt so hoch sind, wie der niedrigste Wertungspreis aller wertungsfähigen Angebote ("Fiktives Höchstangebot") - was ebenfalls bereits in der oben dargestellten Wertungsformel reflektiert wird - null Punkte erhalten. Für die Einzelheiten wird auf Ziffer 6.4.1 der Bewerbungsbedingungen verwiesen.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 65

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Leistungspunktzahl

Beschreibung: Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots erfolgt auf der Grundlage des besten Preis-Leistungsverhältnisses. Die Zuschlagskriterien setzen sich zu 65 % aus dem Preis und zu 35 % aus den erzielten Leistungspunkten zusammen. Die Bieter können maximal 1.000 Leistungspunkte durch die Erfüllung der im Formblatt qualitative Zuschlagskriterien definierten Unterkriterien erzielen. Diese werden mit insgesamt 35 % gewichtet. Hiervon entfallen max. 470 Leistungspunkte auf das Unterkriterium "Technische Funktionalität", max. 350 Leistungspunkte auf das Unterkriterium "Lieferzeiten für Hardware des CAVE-Systems und der VR-Brillen", max. 140 Leistungspunkte auf das Unterkriterium "Betrieb des Gesamtsystems" und max 40 Leistungspunkte auf "Qualität von Schulungen für Power-User und Befähigung". Für die Einzelheiten wird auf Ziffer 6.4.2 der Bewerbungsbedingungen sowie das Formblatt qualitative Zuschlagskriterien verwiesen.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 35

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4DE2MUN8/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4DE2MUN8>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4DE2MUN8>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 17/08/2026 23:59:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung von Unterlagen kann nach Maßgabe von § 56 VgV erfolgen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg

Informationen über die Überprüfungsfristen: Die Bewerber und Bieter können Verstöße gegen Vergabevorschriften in einem Nachprüfungsverfahren gemäß §§ 155 ff. GWB geltend machen. Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit der Bieter von ihm erkannte Verstöße gegen Vergabevorschriften nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen über die E-Vergabepattform gegenüber dem AG gerügt hat (Rügeobliegenheit), § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung resp. in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, hat der Bewerber spätestens bis zum Ablauf der Teilnahmefrist gegenüber dem Auftraggeber zu rügen, vgl. § 160 Abs. 3 Nr. 2 und 3 GWB. Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind, § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB. Ein Nachprüfungsantrag ist zudem unzulässig, wenn ein offensichtlicher Missbrauch des Antrags- oder Beschwerderechts gemäß § 180 Absatz 2 GWB vorliegt (vgl. § 160 Abs. 3 Nr. 5 GWB). Der Auftraggeber wird die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich über die E-Vergabepattform informieren. Ein Vertrag darf gemäß § 134 Abs. 2 GWB erst nach Ablauf der Stillhaltefrist geschlossen werden. Für die Nachprüfung dieses Vergabeverfahrens ist die Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe sachlich und örtlich zuständig: Vergabekammer Baden-Württemberg Postanschrift: Regierungspräsidium Karlsruhe, 76247

Karlsruhe Hausadresse: Kapellenstraße 17, 76131 Karlsruhe Funktionspostfach:
Vergabekammer@rpk.bwl.de Gegen Entscheidungen der Vergabekammer ist binnen einer
Notfrist von zwei Wochen die sofortige Beschwerde zum Vergabesenat des örtlich
zuständigen Oberlandesgerichts zulässig, vgl. §§ 171 ff. GWB: Oberlandesgericht Karlsruhe
Hoffstraße 10 76133 Karlsruhe
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Land
Baden-Württemberg vertreten durch das Ministerium der Justiz und für Migration
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Land Baden-Württemberg vertreten
durch das Ministerium der Justiz und für Migration

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Land Baden-Württemberg vertreten durch das Ministerium der Justiz
und für Migration

Registrierungsnummer: DE.Justiz.4f315747-0b2c-4d84-935d-027e8686559b.cf85

Stadt: Stuttgart

Postleitzahl: 70173

Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)

Land: Deutschland

E-Mail: poststelle@jum.bwl.de

Telefon: 0711 33501-0

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Deloitte Legal Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

Registrierungsnummer: DE 192923197

Postanschrift: Dammtorstr. 12

Stadt: Hamburg

Postleitzahl: 20354

Land, Gliederung (NUTS): Hamburg (DE600)

Land: Deutschland

E-Mail: cakripke@deloitte.de

Rollen dieser Organisation:

Beschaffungsdienstleister

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg

Registrierungsnummer: 08-A9866-40

Postanschrift: Kapellenstraße 17

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76131

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 0da473e9-271d-4f50-8a20-9b4a8725d626 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 16/07/2026 19:20:10 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 500907-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 137/2026

Datum der Veröffentlichung: 20/07/2026